blickpunkt
378 6/2002
www.dkp-mw.de
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Mörfelden-Walldorf braucht weitere Turnhallen

Die Mitgliederzahl in den Vereinen des Sportkreises Groß-Gerau hat sich in den vergangenen 50 Jahren kontinuierlich von etwa 10.000 auf ca. 95.000 erhöht. Dazu hat vor allem die vorbildliche Arbeit der Vereine, mit der Vielzahl an Möglichkeiten Sport zu treiben und sich kulturell zu betätigen, beigetragen. Dazu trug auch der Bau neuer bzw. die Sanierung alter Sportstätten und die Bereitstellung neuer Turnhallen und Vereinsheime bei. Ohne die ehrenamtliche Arbeit vieler Vereinsmitglieder und die große Zahl qualifizierter Übungsleiter, aber auch ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand wäre dies alles nicht möglich gewesen. Im Breiten- und Freizeitsport ist in den letzten Jahrzehnten eine enorme Veränderung eingetreten. Neue Sportarten sind entstanden, die den Bedarf an Turnhallen gewaltig erhöht haben. Von allen Sportvereinen unserer Stadt war zu erfahren, daß sie großen Bedarf an zusätzlichen Hallenkapazitäten haben. Eine der Ursachen ist das veränderte Freizeitverhalten der Bürger und die sozialpolitische Entwicklung in unserem Land. Der Zusammenhang von Sport und Gesundheit ist offensichtlich. Immer mehr Menschen und dabei verstärkt die älteren Jahrgänge erkennen, daß regelmäßige körperliche Bewegung zur Erhaltung der Gesundheit sinnvoll und notwendig ist. Die Senioren-Sportgruppen haben in den Vereinen weiterhin großen Zuspruch.

Inzwischen ist aus vielerlei Gründen der Aufwärtstrend der Mitgliederzahlen einiger Vereine im Kreis ins Stokken geraten, ja sogar vereinzelt ein Rückgang festzustellen, andere Vereine melden einen enormen Zuwachs. Aber alle örtlichen Großvereine, wie TGS-Walldorf, SKV-Mörfelden, SKG-Walldorf und Rot-Weiß-Walldorf melden zusätzlichen Bedarf an Hallenzeiten an.Der Sportwart der TGS meint daß sein Verein sofort zusätzlich eine Einfeldhalle (1/3 Bachmannhalle) je Woche füllen könnte. Von der SKV-Mörfelden wissen wir daß bei den Abteilungen Volleyball, Leichtathletik, Turnen/Gymnastik, Fußball, Handball und Radsport zusammen ein Mehrbedarf von mehr als zwei Einfeldhallen besteht. Die Radsportabteilung mit zur Zeit 100 Einradfahrern haben bereits eine Warteliste bei der Mitgliedsaufnahme in dieser Disziplin wegen fehlender Hallenzeiten. Auch von der SKG- und Rot-Weiß Walldorf wurde ähnliches gemeldet. Der seitherige Vorsitzende der Rot-Weiß-Walldorf meinte: „Wir verwalten schon lange ein Manko“. Hinzu kommt, daß sich die zur Zeit vorhandene Hallenkapazität noch verringert, wenn, wie geplant, der Saal des Waldenserhofes abgerissen wird. Mit diesem Problem müssen sich dringend die Stadtverordneten und der Magistrat befassen und sich mit den Vereinen zusammensetzen. Wie jetzt schon zu erkennen ist muß in beiden Stadtteilen zusätzliche Hallenkapazität geschaffen werden. Das Geld dafür ist in jedem Falle gut angelegt.

Heinz Hechler

Nato peilt weltweite Einsätze an

Ein kleiner Artikel in der „Frankfurter Rundschau“, am 7. Juni 2002. Wenn sich das angekündigte durchsetzt, wird es ungeahnte Folgen für uns alle haben. Es wird immer deutlicher, die USA brauchen Hilfskräfte und Söldner für ihre geplanten Kriege. Sechzig Staaten haben sie auf ihrer Angriffs-Liste. Und es gab auf der Nato-Tagung „kaum noch Widerspruch“ zu ihren Plänen. Also auch Rot-Grün und ihre Scharping-Witzfigur feste dabei. Aufwachen Leute, kann man da nur sagen - aufwachen und links wählen im September 2002.

Pro Stunde 1 Million Euro

Ganze neunzehn Stunden weilte der US-Präsident in der deutschen Bundeshauptstadt. Jede Stunde kostete den deutschen Steuerzahler nur für die Gewährleistung der Sicherheit des „hohen“ Gastes durch 10.000 deutsche Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte eine Million Euro.
Es ist also nicht pure Höflichkeit, den US-Präsidenten als einen teuren Gast unseres Landes zu bezeichnen.
Mittlerweile ist Bush längst in die USA zurückgekehrt. In Europa hat er gehört: Wir wollen Ihre Kriege nicht, Mr. President!

Demonstration auf der Straße

Er hat es auf den Straßen gehört. Was er bei den Kanzlern und Präsidenten erfahren hat, wissen wir nicht. Immerhin sagte er: Bevor wir den Irak und andere angreifen, informieren wir euch. Kein Aufschrei, kein Protest bei SPD, den Grünen, den Schwarzen. „Wir werden ja informiert - immerhin ein Erfolg“, so denkt man dort sicher.
Noch nie hat ein US-Präsident so offensichtlich auf die „Verbündeten“ herabgeblickt und sie auch noch die geringe Achtung, die er ihnen gegenüber hegt, spüren lassen.
Es wird offensichtlich, was die USA heute brauchen, sind Hilfskräfte, Vasallen und Söldner auf den von Washington ausgewählten Konfliktfeldern und Kriegsschauplätzen.
Auf seinem Europa-Trip trommelte Bush kräftig für seinen Kreuzzug gegen den Terrorismus und für die drastische Erhöhung der Rüstungsetats in den westeuropäischen Ländern. „Unzweideutig“ so schrieb ein Kommentator, habe er die Europäer „ermuntert, den eigenen Laden auf Vordermann zu bringen“.
Bei der Nato-Tagung in Prag wurde sein Kriegsminister Rumsfeld noch deutlicher und forderte entschieden höhere Rüstungsausgaben in Europa. Das schlimmste, es gab keinen Widerspruch.
Der mit knapper Not im Jahre 2000 ins Amt gelangte Präsident einer „Milliardenschweren“ Minderheit hat auf Texanisch den Weg ins „Haus der Freiheit“ gewiesen. Weitere Militärschläge wird es geben, entschlossenes Handeln gegen „die Achse des Bösen“.
Alles läuft unter der Losung „Kampf gegen den Terror“, dass es vor allem um die Rohstoffe der Welt geht, wird meist ausgeblendet.
Der Weg in die Zukunft soll die Zementierung der US-Weltherrschaft sein, anderen Völkern westliche Werte bringen - und wenn das Zuckerbrot nicht ausreicht, schwingt der Texaner die Peitsche. Schon wird Kuba bedroht, über neue große Gefahren aus dem fernen Asien spekuliert, Frieden im Nahen Osten sabotiert. Keine Spur von Frieden, von nationaler Souveränität, von Gerechtigkeit.
Unsere Zukunft, und nicht nur die unsrige, ist das nicht!
Das haben auch die machtvolle Demonstration am 21. Mai in Berlin und die zahlreichen Aktionen in Dutzenden Städten unseres Landes unterstrichen, mit denen die Friedensbewegung hervortrat und eine Achse des Friedens sichtbar wurde. rh

Friedensforscher warnen vor Bush-Plänen

In Berlin wurde das „Friedensgutachten 2002“ vorgestellt. Mit Sorge sieht man hier die Tendenz, dass die USA künftig „präventiv“ Staaten angreifen wollen, wenn man sie verdächtigt, Terrorismus zu unterstützen. Die Wissenschaftler befürchten zu Recht, Deutschland u. a. könnten dieses Konzept unterstützen. Bruno Schoch (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), meinte u. a. „ein US-Angriff auf Irak wäre eine Akt bloßer Willkür“.
Der rot-grünen Bundesregierung wirft man vor, in Sachen Sicherheitspolitik, die ursprünglich gesetzten Ziele verfehlt zu haben. „Der Einsatz der Bundeswehr droht zu einem normalen Instrument der Außenpolitik zu werden“, so die Wissenschaftler.

Demonstration im Bundestag

LESERBRIEF

Während der Rede von US-Präsident George W. Bush im Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002 entfalteten drei PDS-Abgeordnete ein großes Transparent mit der Aufschrift „Mr. Bush + Mr. Schröder stop your wars.“ Etwa eine Minute dauerte die Aktion. Ein Mitarbeiter des Hohen Hauses entriß das Transparent den PDS-Abgeordneten; es kehrte wieder Ruhe ein. Herr Bush konnte seine Rede ungestört fortsetzen. „Die Demokratie verträgt so etwas“, soll er sich geäußert haben. Nicht so der PDS-Fraktionschef Claus. Er rüffelt seine Kollegen für den Anti-Bush-Protest, wie in der FR vom 25. Mai 2002 zu lesen war. Es schade der “Demokratiefähigkeit“ der PDS und es sei eine“ vordergründige Symbolik“.
Das Verhalten der drei PDS-Abgeordneten entspricht einer guten demokratischen Tradition, nämlich der des zivilen Ungehorsams. Über die „vordergründige Symbolik“ läßt sich ja noch diskutieren, aber nicht über die Aussage, das schade der “Demokratiefähigkeit der PDS“.
Wieso eigentlich Herr Claus? Was ist das für ein Verständnis von Sozialismus, das demokratische Rechte von Abgeordneten kritisiert und eine so dumme Behauptung in den Raum stellt. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich mit der PDS sympathisiere. Das Verhalten von Herrn Claus, das sich nur psychologisch erklären läßt, ist mir zutiefst zuwider. Ich kann nur hoffen, daß seine Meinung nicht von der Mehrheit der PDS-Abgeordneten im Deutschen Bundestag mitgetragen wird, sonst gute Nacht PDS.

Hans Dieter Zepf, Pfarrer i.R.

GEMEINSAM GEGEN DEN FLUGHAFENAUSBAU

Per Nachtflug in die Ferien?

Das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau weist darauf hin, dass zahlreiche Flüge zu den beliebten Ferienzielen bereits in den frühen Morgenstunden zwischen 4 und 6 Uhr starten und dass die Rückflüge teilweise weit nach Mitternacht in Frankfurt ankommen. Es wurde immer wieder berichtet, dass die Ferienreisenden eigentlich nicht nachts fliegen wollten, aber erst bei Zusendung der Reiseunterlagen erfahren, dass sie schon um 3 Uhr früh am Flughafen sein müssen. Es handelt sich dabei um Nachtflüge, die nur deshalb stattfinden, weil die Fluggesellschaften nach eigenem Bekunden pro Tag eine Mindestzahl von „Umläufen“ brauchen, um Geld zu verdienen. Bei Hapag-Lloyd finden nach eigenen Angaben 23% der Flüge zwischen 23 und 5 Uhr statt! Dass sie dabei den Bewohnern der Region die Nachtruhe rauben, spielt bei diesen Überlegungen keine Rolle.
Das Bündnis bittet deshalb alle Ferienreisenden, schon bei der Buchung ihrer Ferien darauf zu bestehen, dass man nicht auf die frühen Hinflüge bzw. die späten Rückflüge gebucht wird. „Sie kaufen ja auch sonst nicht die Katze im Sack, zumal die Nachtflüge auch nicht billiger sind als die Flüge am Tag.“ meint der Sprecher der Bürgerinitiativen. Es ist letztlich auch nicht im Sinne der Urlauber, wenn sie sich um Mitternacht auf den Weg machen müssen, um pünktlich am Flughafen zu sein. Wer einmal erlebt hat, daß es sich kaum lohnt, bei einen Start des Flugzeugs vor 6 Uhr morgens überhaupt zu Bett zu gehen, daß bei der Ankunft im Urlaubshotel dann noch stundenlang auf das Zimmer gewartet werden muss und der Nachwuchs dann vor Übermüdung quengelt, weiss, dass ein derartiger erster Ferientag Streß und keine Erholung bedeutet und somit verloren ist. Die Bewohner des Flughafenumlandes würden sich freuen, wenn mehr Menschen durch ihr Kaufverhalten solidarisch Rücksichtnahme übten und wünschen ihren Mitbürgern schöne Ferien in der Sonne.

Fraport steigert Gewinn

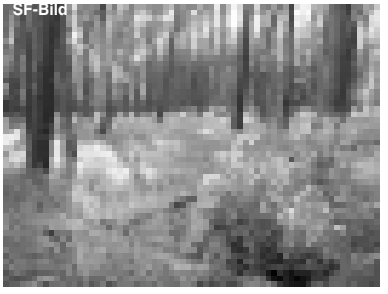
Der Flughafenbetreiber Fraport hat seinen Gewinn in den ersten drei Monaten um 166 Prozent auf 18,1 Millionen Euro gesteigert.

Wie das Unternehmen bekannt gab, legte der Umsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum gleichzeitig um 14,4 Prozent auf 401,7 Millionen Euro zu. Der Umsatz sei gestiegen, weil die Flughafengebühr erhöht und mehr für Sicherheitsleistungen eingenommen worden sei, sagte ein Sprecher des Unternehmens. Die Zahl der Passagiere sank im ersten Quartal 2002 um 3 Prozent auf 13,5 Millionen. Am wichtigsten Standort des Konzerns, dem Flughafen Frankfurts, habe Fraport mit 10,5 Millionen Passagieren 4,4 Prozent weniger Passagiere gezählt als im Vorjahresquartal.
Im April war die Zahl der Passagiere auf Deutschlands größtem Flughafen um 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen. Im laufenden Jahr rechnet der Konzern mit einem „leichten Passagierrückgang gegenüber 2001“ im unteren einstelligen Prozentbereich.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 29.5.2002

Keine Gefahr im Verzuge?

Eine Resolution zum Erhalt des Bannwaldes richtete die Stadtverordnetenversammlung an die hess. Landesregierung. Nun kam die Antwort. Der Landesvater R. Koch schreibt wörtlich: „Ich darf Ihnen versichern, dass die von mir geführte Hessische Landesregierung sich der besonderen Bedeutung des Bannwaldes bewusst ist und sie auch in Zukunft bei allen Entscheidungen, die dessen Bestand betreffen könnten, selbstverständlich berücksichtigen wird.”
Wieviel blindes Vertrauen muss man haben, um solches zu glauben?
Oder soll man aus der Aussage ableiten, dass der jetzt erneut bedrohte Bannwald erhalten bleibt? R. D.



Übrigens: es lohnt sich den bedrohten Bannwald zu besuchen.

AUS DEM STADTPARLAMENT

15% Haushaltssperre

Ist es als Abschiedsgeschenk des scheidenden Kämmerers Vorndran zu verstehen, wenn nun eine 15%ige Haushaltssperre beschlossen wird? Die Finanzlage der Stadt ist seit einigen Jahren angespannt. Die vielgepriesene Steuerreform des Bundes bedeutet Einnahmeausfälle der Kommunen in zweistelliger Milliardenhöhe; die Konjunktur ist im Keller und damit auch die Gewerbe- und Einkommensteuer rückläufig; das Land Hessen hat ebenfalls eine Haushaltssperre verfügt. Wie hoch die daraus resultierenden Mindereinnahmen für unsere Stadt sind ist noch nicht bekannt. Jedenfalls werden Schlüsselzuweisungen und Zuschüsse reduziert.
Der dickste Brocken der Einnahmeminderung stellt zweifellos die Gewerbesteuer dar. Bis zur Jahresmitte klafft ein Loch von fast 5 Millionen Euro. Dabei war der Haushaltsansatz schon "realistisch" zurückhaltend geschätzt worden. Aber nicht allein die schlechte Konjuktur ist hierfür verantwortlich. Die Steuergesetze der „rot-grünen" Koalition in Berlin haben den Unternehmen Entlastungen und „Gestaltungsspielräume" gewährt, die sich auf der unteren Ebene der Politik auswirken. Den Letzten beißen die Hunde, sagt ein bekanntes Sprichwort.
Die Stadt wehrt sich nun mit einer Haushaltssperre. Das heißt: fast alle Etatposten, alle Ressorts werden um 15% reduziert. Das trifft Kultur, Sport, Vereine ebenso wie Sozialleistungen, die sächliche Ausstattung der Ämter etc.
Wir vermuten, dass die Maßnahmen dennoch nicht ausreichen werden um eine solide und kalkulierte Situation zu erreichen. Auch wenn die Konjunkturerholung „herbeigebetet" wird, wird sich nichts verändern, wenn nicht die Reichen und Mächtigen dieses Landes zur Kasse gebeten werden.
Im September könnte ein Umsteuern eingeleitet werden. R. D.

Gebührenerhöhung in Kitas?

Der Magistrat beschloss mehrheitlich, den Stadtverordneten zu empfehlen, die Gebühren für die Ganztagsbetreuung in Kindergarten und –hort zu erhöhen. Vorausgegangen ist ein Beschluss zur Ausweitung des Angebotes für Ganztagsbetreuung um 20 Plätze auf nunmehr 194. Das sind 18,25% des Gesamtangebotes von 1063. Damit hat unsere Stadt die beste Versorgung im Kreisgebiet. Die Nachfrage nach Ganztagsplätzen kann dennoch nicht befriedigt werden, da die Familienstrukturen sich ändern und der Zwang zur Erwerbstätigkeit trotz oder wegen Kindern gegeben ist. Wollen wir als kinderfreundliches Land gelten, müsste das Angebot erweitert und verbessert werden. Vielen Eltern hilft es wenig, wenn das Kindergeld erhöht wird, aber kein Platz für ihre Sprösslinge in einer Betreuungseinrichtung zur Verfügung steht. Die Mehreinnahmen, die durch den neuerlichen Vorstoß zur Gebührenanhebung verbucht werden, betragen ganze 32.500 Euro im Jahr. Das reicht noch nicht einmal für eine Putzstelle. Hinter dem Antrag zur Gebührenanhebung steckt also etwas anderes. Der Bürgermeister ist wohl clever genug zu wissen, dass die Opposition, die im Parlament die Mehrheit hat, die Erhöhung ablehnt. Er muss wohl gedrängt worden sein. Und schaut man sich den Koalitionsvertrag an, so wird man fündig. "Sie (die Vertragspartner) sind sich einig, dass die geplanten Investitionen möglichst ohne Neuverschuldung finanziert werden." Sieht man die Erweiterung des Betreuungsangebotes als Investition an, so ist dies ein Grund zur Gebührenanhebung. Die 2-Mann-Fraktion FDP. hat dies wohl initiiert. Diese "Rechtsanwaltsfraktion", die eine Klientel vertritt, der es auf ein paar Euro nicht ankommt, darf man als Urheber dieser Gebührenerhöhung ausmachen. Kitas sind Bildungseinrichtungen und sollten eigentlich ebenso kostenlos sein wie Schulen. Aber das müssen die Parlamentsneulinge wohl noch lernen. rd

Wie bei Kohl & Co.

Statt 14,3 Mill. Euro wird unsere Stadt in diesem Jahr nur ca. 9,7 Mill. einnehmen. Einer der Gründe: Die SPD/Grüne-Bundesregierung treibt mit ihrer Steuerreform die Kommunen immer mehr in den Ruin. Dafür bekommen große Kapitalgesellschaften allein im Jahre 2001 fast 20 Mrd. Euro zugeschanzt. Im Jahre 2001 bekamen die Großkonzerne 426 Millionen Euro und in den ersten vier Monaten sogar 600 Millionen Euro Körperschaftssteuer zurück. Bei der nächsten Stufe der „rot-grünen" Reform soll der Spitzensteuersatz von derzeit 48,5 auf 42% gesenkt werden. Das hat Auswirkungen bis in die kleinste Kommune. Da fragen sich doch viele, warum haben wir eigentlich SPD gewählt, wenn die Umverteilung zugunsten der Reichen noch schneller von statten geht als bei „Kohl & Co."? Immerhin hatte die SPD 1998 versprochen die Superreichen zur Finanzierung des Gemeinwesens stärker heranzuziehen. Aber die Vermögenssteuer hat man dann doch nicht wieder eingeführt.
Der Protest an dieser Entwicklung wächst - vor allem vom DGB kommen klare Aussagen.
Selbst Stadtkämmerer Vorndran kritisiert jetzt seine eigene „Regierungs-Partei". Und die SPD und FDP in unserer Stadt wollen wissen wie sich die sinkenden Einnahmen konkret auf unsere Stadt auswirken.
Wir meinen, eine Wende in der Finanzpolitik ist notwendig. Die Finanzen der öffentlichen Hand müssen erhöht werden.
Dabei sollte jedem klar sein: Wer die großen Finanzgesellschaften streichelt und die Bundeswehr weltweit einsetzt dem fehlt natürlich das Geld für die Daseinsfürsorge. Bei den jetzt kommenden Wahlkampfsprüchen sollte man diese Tatsache nicht vergessen.
rh

Einstieg

Endlose Diskussionen gab es in den Ausschüssen wegen einer DKP/OL-Forderung einen Treppeneinstieg im Schwimmbad zu installieren.
In Langen fanden wir etwas vergleichbares. So ähnlich könnte der Ein- bzw. Ausstieg des Schwimmerbeckens im Waldschwimmbad konzipiert sein. Die DKP/OL-Fraktion hatte dies im Interesse von vielen Badegästen gefordert. „Konstrukteure“ waren gefragt, fast unüberwindliche Hürden wurden argumentativ aufgebaut. Man kann sich im Hallenbad Langen aber auch – wie auf dem Bild – überzeugen: es geht!

Bahnhofsbesichtigung

Jugendliche, Stadtverordnete und Verwaltungsleute besichtigten den leer stehenden Bahnhof in Mörfelden. Hier soll jetzt bald ein Jugendkulturcafé entstehen. Die DKP/OL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung hatte dies mit nachfolgendem Antrag noch einmal gefordert: *„Nachdem die Stadt Eigentümerin des Mörfelder Bahnhofs geworden ist, wird unverzüglich der Betrieb des Jugend- und Kulturcafes in einem Teilbereich dieses Gebäudes aufgenommen. Die beschlossene Übergangslösung im alten Bauhof wird nicht weiter betrieben. Die dafür im Haushalt 2002 eingestellten Mittel werden für den Einstieg in die sofortige Nutzung des Bahnhofsgebäudes eingesetzt. Die weitere Planung und alle anderen notwendigen Umbau- und Renovierungsarbeiten werden bei „laufendem Betrieb“ vorgenommen.“*

Die Initiative für ein Kulturcafe: *„Wir haben die ständigen Verzögerungen satt und fordern von den Stadtverordneten und dem Bürgermeister einen verbindlichen Termin für die Eröffnung des JuKuCa.“*

Mieser Stil

Die Welt spricht von „bin Laden“, Mörfelden-Walldorf spricht vom „Justus seinem Laden“.
Eine rechtliche Bewertung des Sachverhalts – Ankauf des ehemaligen Ladengeschäfts durch die Stadt zu einem „stolzen Preis“ – ist jetzt insoweit erfolgt, als die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Bürgermeister Brehl wegen „Untreue und Bestechlichkeit“ eingestellt hat.
Eine politische Bewertung, die im dazu tätigen Akteneinsichtsausschuß der Stadtverordnetenversammlung vorzunehmen ist, soll noch in diesem Monat erfolgen und hat diesen Fakt zu berücksichtigen.
Natürlich ist es allen Parlamentsfraktionen unbenommen, ihre Sicht der Dinge zu formulieren und zu Protokoll zu geben, sofern sie nicht in Gänze in den Bericht des Ausschusses einfliessen.
Davon werden sicher alle Gebrauch machen und die Lokalpresse wird darüber berichten.
Wünschenswert wäre dabei, sich im Wesentlichen auf Fakten zu beschränken und sich weniger in Vermutungen und Unterstellungen ohne tatsächliche Substanz zu ergehen, auch wenn mit derlei wunderbar Stimmung zu machen ist.
Man darf gespannt sein, wie die CDU und insbesondere die Grünen, die Presseberichten zufolge die Verfahrenseinstellung gegen den Bürgermeister scharf kritisierten und erneut persönliche Vorwürfe erhoben, hier weiter verfahren wollen.
Zweifel und Kritik an einer politischen Mehrheitsentscheidung liegen dabei in der Natur der Sache und sind uneingeschränkt zulässig.
Politischen Konkurrenten öffentlich kriminelle Handlungen zu unterstellen, wo zumindest die Staatsanwaltschaft dafür keinerlei Anhaltspunkte sieht, ist mieser Stil. GS

Wer will den „blickpunkt“ per Post?

Manchmal beklagen sich Leute, sie hätten keinen „blickpunkt“ erhalten. Dem kann man abhelfen! Wer den „blickpunkt“ sofort nach Erscheinen zugeschickt haben will, bezahlt DM 20,- Portokosten pro Jahr auf das Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553. Dann kommt der „blickpunkt“ per Post.

Wer will helfen den „blickpunkt“ zu verteilen?

Es ist eine große Arbeit jeden Monat 12.500 „blickpunkt“-Exemplare in die Briefkästen zu verteilen. Wer Lust hat, in Mörfelden oder Walldorf in einem kleinen Bezirk oder auch nur in einer Straße bei der Verteilung zu helfen, kann anrufen bei:
Käthe Hechler, Telefon 22362.

Herzlichen Dank allen, die für den Erhalt dieser Zeitung spenden! Jeder Euro hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

Warum ich für die PDS kandidiere

In den vergangenen Wochen wurde ich öfters gefragt, warum ich als Mitglied der DKP und Fraktionssprecher der DKP/Offene Liste im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf als Direktkandidat im Wahlkreis Groß-Gerau für die PDS antrete.

Rückblickend ist dazu zu sagen, dass die DKP im Kreis Groß-Gerau schon bei den vergangenen Bundestagswahlen zur Wahl der PDS aufgerufen hat, weil sie als Gruppe und jetzt Fraktion im Bundestag eine wichtige Aufgabe als linke Opposition wahrnimmt. Eine Kandidatur neben der PDS haben wir für uns ausgeschlossen, weil wir darin keinen Beitrag zur Stärkung der Linken sehen, die wir auch weiterhin befördern wollen.

Bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte sich mein Fraktionskollege Rudi Hechler - jetzt auch Kreistagsabgeordneter für die PDS/Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau - auf Bitten der PDS als Wahlkreiskandidat zur Verfügung gestellt.

Bei der Bundestagswahl 2002 habe ich gerne zugesagt, hier aktiv zu werden, um die linke Kraft in unserem Land zu stärken.

Ich sehe darin eine persönliche Herausforderung, aber auch eine Bestätigung der vertrauensvollen und erfolgreichen Zusammenarbeit von PDS und DKP im Kreis Groß-Gerau in vergangenen Wahlkämpfen und gemeinsamer Arbeit in Parlamenten und außerparlamentarisch.

Beim Blick nach vorn gilt: Deutschland braucht eine andere Politik! Der Kanzlerwechsel von 1998 hat nicht den Politikwechsel gebracht, den viele Wählerinnen und Wähler von SPD und Grünen erhofft und erwartet hatten.

Deshalb will ich, dass auch im nächsten Bundestag eine starke Fraktion der PDS vertreten ist, die hier auf Veränderung drängt und eine andere Politik einfordert.

Die PDS ist zurzeit die einzige Kraft in diesem Parlament, die konsequent für Friedenspolitik und gegen Kriegseinsätze eintritt.

Sie vertritt eine Finanzpolitik, die große Unternehmen und Vermögen stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben heranziehen will.

Sie setzt sich überzeugend für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Ost- und Westdeutschland ein.

Auf Grundlage erheblicher kommunalpolitischer Kompetenz macht sie sich nachdrücklich für eine Reform der Gemeindefinanzen stark.

Antifaschismus ist für die PDS kein Lippenbekenntnis sondern Überzeugung.

Die Haltung der PDS im Wahlkreis und in Hessen gegen jede Erweiterung des Flughafens und für ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr ist eindeutig.

Trotz dieses klaren Profils ist ein gutes Wahlergebnis nicht im Selbstlauf zu erwarten. Deshalb ist ein Wahlkreiskandidat wichtig, um Präsenz zu zeigen und in öffentlichen Aussprachen Stellung zu nehmen, auch wenn er wenig Aussicht hat, das Direktmandat zu gewinnen. Das will ich tun und so dafür werben, dass die PDS im Wahlkreis Groß-Gerau ihr erklärtes Ziel erreicht: 3% der „Zweitstimmen“ (Stimmen für die Landesliste), damit die PDS gestärkt in den nächsten Bundestag einzieht.

Ich bin dafür, den Wahlkreis Groß-Gerau nicht der CDU zu überlassen und die linke Kraft im Bundestag zu stärken. Deshalb mein Aufruf an alle Wählerinnen und Wähler, die aus Enttäuschung über „Rot/Grün“ diesmal nicht wählen gehen wollen:

Am 22.September 2002 auf jeden Fall zur Wahl gehen und PDS wählen.

Vor allem mit der „Zweitstimme“.

Gerd Schulmeyer
Direktkandidat der PDS
zur Bundestagswahl 2002
im Wahlkreis 147 Groß-Gerau

Fahrpreiserhöhung

Jammert man allerorten über den (T)Euro, so sind die Vertreter im RMV (Rhein-Main-Verkehrsverbund) bereit noch eins drauf zu setzen.

Wurden die Fahrpreise zum neuen Fahrplan Mai/Juni erhöht, so folgt der nächste Preisaufschlag schon zum 15. Dezember. “Wir wollen das Niveau der Verkehrsleistungen halten und sogar noch ausbauen”, argumentiert und begründet die Oberbürgermeisterin Petra Roth als Aufsichtsratsvorsitzende. Ausgerechnet die S7 (Ffm. – Goddelau) führte P. Roth ins Feld, wenn sie auf Verbesserungen und Ausweitung des Angebotes hinweist. Es wird sich noch herausstellen, ob das Zugangebot größer wird, oder Zugausfälle und Verspätungen zunehmen. Letzteres ist zu befürchten, weil der ICE-Verkehr zunimmt und für die Bahn Priorität genießt.

Warum gerade zum Fahrplanwechsel auch die Preise herauf gesetzt werden, das verrät P. Roth nicht. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen waren im letzten Jahr positiv. Man kann sich vorstellen, dass dieser Trend gegenläufig wird, wenn ständig weiter an der Preisschraube gedreht wird.

Stell dir vor, wir haben neue Bahnsteige und keiner fährt Zug? R. D.

blickpunkt

im Internet: www.dkp-mw.de

Michael Denk wurde 90

„Denke-Michel“, wie ihn alle nennen, feierte am 4. Juni seinen 90. Geburtstag.
Viele kamen zum Geburtstag. Die DKP Mörfelden-Walldorf gratulierte ihrem Genossen und dankte ihm für seinen jahrzehntelangen Einsatz.
Michael Denk, den die Nazis ins KZ Osthofen schleppten, war nach 1945 einer von denen die „den Karren wieder aus dem Dreck zogen“. Er war Kreistagsmitglied der KPD und viele Jahre Mitglied der DKP-Fraktion in Mörfelden.
Jahrelang war er Betriebsrat und Vorsitzender der Bauarbeiter-Gewerkschaft in Mörfelden.
Michael Denk, seit 1926 Gewerkschaftsmitglied, hat sich stets für die Arbeiter und Angestellten eingesetzt. Sein Wahlspruch: „alles was die Arbeiter erreichten, haben sie sich erkämpft“ bleibt auch heute gültig.
Der Sprecher der DKP erklärte denn auch: „Lieber Michel, wir haben Dir viel zu verdanken.“

Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare bei der „blickpunkt”-Redaktion

Globalisierung à la Bush ist tödlich

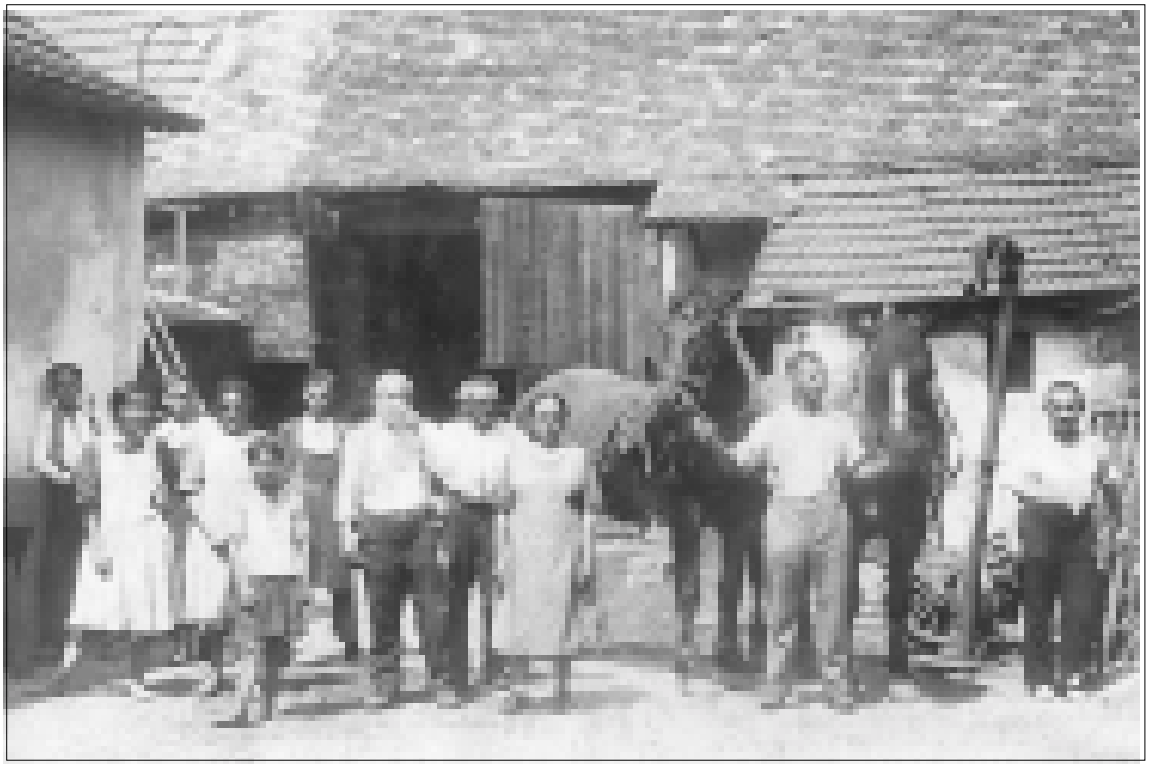
Globalisierung ist täglicher Terror. Alle sieben Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Alle vier Minuten verliert ein Mensch das Augenlicht wegen Mangels an Vitamin A. Über 100.000 Menschen sterben am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen jeden Tag. 828 Millionen Kinder, Männer und Frauen waren letztes Jahr permanent schwerstens unterernährt. Die FAO errechnet: Die Weltlandwirtschaft könnte heute ohne Probleme 12 Milliarden Menschen ernähren. Ohne Probleme heißt, jedem Menschen jeden Tag 2700 Kalorien Nahrung zu geben. Die gegenwärtige Erdbevölkerung beträgt 6,2 Milliarden.

Für diese mörderische, absurde Weltordnung, deren einziger Motor die grenzenlose Profitgier einiger Weniger ist, trägt das US-amerikanische Imperium die Hauptverantwortung. Das amerikanische Imperium - nicht das amerikanische Volk! Die amerikanische Finanzoligarchie beherrscht 24 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts, 41 Prozent des Welthandelsvolumens und 53 Prozent des Weltenergiemarktes. Die amerikanische Kapitaloligarchie, welche die Regierung Bush weitgehendst leitet, funktioniert gemäß einem Kodex, den man den „Consensus of Washington“ nennt.
Seine vier heiligen Regeln sind:
Total-Liberalisierung der Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Patentströme,
Privatisierung des öffentlichen Sektors,
Deregulierung und Flexibilisierung aller Sozial-, insbesondere der Arbeitsbeziehungen.
Dieser „Consensus“ wird weltweit durchgesetzt von den Söldnerorganisationen des internationalen, meist amerikanischen Finanzkapitals: der Welthandelsorganisation (WTO), des Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank. Die amerikanische Finanzoligarchie ist zudem die weltdominierende Militärmacht.
Bush und seine Administration bestimmen autonom - jenseits aller Völkerrechtsgrundsätze -, wer ein Terrorist ist und wer nicht. Jedermann kennt den Direkteinfluss der texanischen Ölmilliardäre auf die Familie Bush. Der weltweite Krieg gegen den Terror hat viel zu tun mit der Profitmaximierung der Investitionen im internationalen, insbesondere mittelöstlichen und zentralasiatischen Erdölgeschäft.
Mehr über diese Themen erfährt man am Donnerstag, 20. Juni 2002, 20 Uhr, im Gesellschaftssaal des Bürgerhauses Mörfelden. Uwe Hiksch, PDS, MdB, spricht zum Thema „Die Entwicklung des Neoliberalismus in Europa - Europa neu gestalten“.

LESERBRIEF

An der Frage, wer Schuld am Nah-Ost-Konflikt sei, scheiden sich momentan die Geister. Die einen stehen auf der Seite der Palästinenser und machen die israelische Politik für die Situation verantwortlich. Andere dagegen fordern „Solidarität mit Israel“, das in seiner Existenz bedroht sei. Deutlich wird in allen Diskussionen, dass es so gut wie keine Kritik am Vorgehen des israelischen Militärs gibt, die nicht ohne antisemitische Untertöne auskommt. Das sollte nachdenklich machen. Es scheint, als sei die Vergangenheit weder bewältigt noch aufgearbeitet. Wenn es denn je so etwas wie einen neutralen Standpunkt gab, in Deutschland kann es ihn in dieser Frage offensichtlich nicht geben. Die deutsche Geschichte ist untrennbar mit der Gründung des Staates Israel verbunden. Anders: ohne Auschwitz kein Staat Israel. Vielleicht sollten wir uns deshalb des Themas auf andere Weise annehmen. Zum Beispiel dafür sorgen, dass Nazi-Mörder in Deutschland keine staatliche Renten mehr bekommen, Bundeswehrkasernen nicht mehr nach Nazi-Generälen benannt sind, Neonazi-Organisationen verboten werden, deren Aufmärsche vom Bundesverfassungsgericht nicht mehr erlaubt und von der Polizei beschützt werden, die IG-Farben-Tochter und Zyklon-B-Hersteller Degesch als Unternehmen aufgelöst wird, kein jüdischer Friedhof mehr geschändet und kein deutscher Jude mehr bedroht wird, in Frankfurt am Main oder sonst wo DemonstrantInnen, die für „Solidarität mit Israel“ demonstrieren nicht mehr mit Scheiß-Juden“ und „Juden raus“ beschimpft werden, und alle Konzerne, die an „Endlösung“ und „Arisierung“ verdient haben, allen voran die „ehrenwerte“ Deutsche Bank, enteignet werden.
Martin Wilker, Kelsterbacher Str. 72-76

Stadtgeschichten



Im Hof des Anwesens Langstraße 71 (Waldenserhof) in Walldorf stellten sich, etwa im Jahre 1926, alle Beteiligten nach getaner Arbeit noch schnell dem Fotografen. Sicher hatten sie gerade das geerntete Heu in die Scheune eingebracht. Zur Heuernte, die Mitte bis Ende Juni begann, wurden viele Helfer benötigt. Es war ein warmer Sommertag, denn drei der Helfer trugen keine Schuhe. Das barfuß gehen, auch auf den Äckern und Wiesen, war überwiegend bei Kindern und Jugendlichen noch angesagt, um die Schuhe zu schonen. So wie im Hof des Waldenserhofes, sah es in fast allen Höfen der Nebenerwerbslandwirte in Walldorf und in anderen Gemeinden aus. Für Reparaturen fehlte es oft an der Zeit und am Geld. Fehlende Ziegel an den Dächern wurden oft lange Zeit nicht ersetzt oder gerade gerückt. Auch von übertriebener Ordnung konnte keine Rede sein. Im Volksmund hieß es dann oft im Dialekt in Anlehnung an das Wort Hofreite, „was e Howweraad". Bis auf eine Person sind alle Namen auf dem Foto bekannt. Es sind von links: Konrad Becker, unbekannt, Ludwig Pons, Elise Becker, Luise Stroh, Hermann Armbrüster (Bubi), Abraham Coutandin („Schlabbewert" und Besitzer des Waldenserhofes, von Beruf Küfer, Vater von Ludwig Coudantin gen. Holz-Coudantin), Heinrich Jourdan, Gretel Jakob, Johannes Stroh (Fuhrmann bei Holz-Coudantin), Heinrich Jourdan (Schwiegersohn vom Schlabbewert).

INFORMATION - DISKUSSION

Die Entwicklung des Neoliberalismus in Europa

mit Uwe Hiksch, PDS-Bundestagsabgeordneter

Donnerstag, 20. Juni 2002, 20 Uhr
Bürgerhaus, Gesellschaftssaal

Einlader: »Linke Runde« Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf

Unser Lexikon

Schbrisch

Do kannste
lang picke
bis de
ans Herrn kimmst.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.